

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Reuther, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/20043 –**

Gute Mobilität für europäische Bürger – Schwerpunkte in der Verkehrspolitik während der deutschen Ratspräsidentschaft

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden), Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/19558 –**

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft für eine europäische Verkehrswende nutzen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland für die Verwirklichung verschiedener in dem Antrag näher bezeichneter Forderungen aus den Bereichen Verkehrspolitik und digitale Infrastruktur einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine europäische Verkehrswende einzusetzen und dabei im Zusammenspiel zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten verschiedene in dem Antrag näher beschriebene Ziele zu erreichen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20043 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19558 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/20043 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/19558 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Uwe Schmidt
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Uwe Schmidt

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20043** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19558** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland für die Verwirklichung verschiedener in dem Antrag näher bezeichneter Forderungen aus den Bereichen Verkehrspolitik und digitale Infrastruktur einzusetzen. Dies betrifft unter anderem die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf den Verkehrssektor, die technologieoffene Ermöglichung von Innovationen in der Mobilität, Rahmenbedingungen für alternative Antriebe und Kraftstoffe, eine Anpassung der bestehenden EU-Flottengrenzwerte, eine Evaluierung des europäischen Naturschutzrechts nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Umsetzung des Single European Sky, eine Initiative für ein fünftes Eisenbahnpaket, den Ausbau von ETCS, ein europäisches Weltraumgesetz, eine Datenstrategie in den Bereichen „eigene Cloud-Anbieter“ und „europäischer Datenschutzstandard“ und die Abstimmung gemeinsamer Standards für kritische digitale Infrastruktur mit den EU-Mitgliedstaaten.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine europäische Verkehrswende einzusetzen und dabei im Zusammenspiel zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten verschiedene in dem Antrag näher beschriebene Ziele zu erreichen. Unter anderem beinhalten diese Ziele eine Krisenstrategie für grenzübergreifende Verkehre, die Verbesserung von Sozialstandards im europäischen Güterverkehr, die Neupriorisierung und Beschleunigung des Infrastrukturausbaus im Rahmen der „Connecting Europe Facility“ vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die Stärkung grenzüberschreitender Güterverkehre auf der Schiene, ein europäisches Nachtzugnetz, emissionsarme und insbesondere abgasfreie Antriebstechnologien, ein europäisches Mautsystem, den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, die Verantwortung des Luftverkehrs im Bereich Klimaschutz, die Berücksichtigung der Seeschifffahrt im European Green Deal, einen europäischen Rechtsrahmen für das automatisierte und (teil-)autonome Fahren, einen europäischen Regulierungsrahmen für digitale Mobilitätsplattformen; Fahrgastrechte, den Abbau klima- und umweltschädliche Subventionen im Verkehrsbereich und die Erreichung der „Vision Zero“.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/20043 in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/19558 in seiner 97. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die Anträge auf Drucksachen 19/20043 und 19/19558 in seiner 79. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie betrachte die beiden Anträge als Bestätigung und Echo des Programms der Koalition für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, bei dem es um einen nachhaltigen, klimagerechten und leistungsfähigen Verkehrsbereich gehe. Die Bewältigung der Corona-Pandemie habe gezeigt, wie systemrelevant der Verkehrsbereich sei. Eine Aufgabe werde es in diesem Zusammenhang sein, sich mit den Thema der grenzüberschreitenden Verkehre zu befassen.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, beide Anträge beinhalteten gute Ansätze. Dazu zählten beispielweise der Vorschlag zur Einbeziehung der Seeschifffahrt in den Emissionshandel und zur Verbesserung der Sozialstandards im europäischen Güterverkehr. Allerdings sei die Bundesregierung in den Fragen, welche die deutsche EU-Ratspräsidentschaft betreffen, gut aufgestellt, so dass es der Anträge nicht bedürfe. Zudem sei es nicht ausreichend, solche

Anträge nur auf den Verkehrsbereich zu fokussieren, ohne andere wichtige Bereiche einzubeziehen, etwa ökologische Herausforderungen oder die Bewältigung der Auswirkung der Corona-Pandemie. Sie plädierte dafür, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft unter anderem für die Stärkung der Mobilitätsketten, bezahlbare Mobilität und die Erreichung der Klimaziele einzusetzen.

Die **Fraktion der AfD** äußerte, sie sehe den Antrag der Fraktion der FDP überwiegend positiv, insbesondere im Hinblick auf die darin enthaltenen Forderungen zur Technologieoffenheit bei alternativen Antrieben und Kraftstoffen sowie zu Flottengrenzwerten. Nicht mittragen könne man allerdings die Forderung, eine Systemberechtigung für Fluglotsen anstelle von geographischen Lizenzen in Anlehnung an die Pilotenlizenzen einzuführen. Auch Teile des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne sie mittragen. Das gelte aber nicht für Forderungen zum europäischen Nachtzugnetz, zum Ausstieg beim fossilen Verbrennungsmotor und zu einem Mindeststeuersatz für fossile Kraftstoffe.

Die **Fraktion der FDP** betonte, ihr eigener Antrag beinhalte wichtige Punkte für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und auch seitens der anderen Fraktionen sei daran wenig kritisiert worden. Bei dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei die Forderung nach Einbeziehung des Seeverkehrs in den Emissionshandel positiv zu bewerten. Im Widerspruch zu dieser Forderung stehe es aber, wenn der Antrag für den Luftverkehr zusätzlich zum Emissionshandel noch eine Kerosinsteuer fordere.

Die **Fraktion DIE LINKE.** zeigte sich erstaunt, dass beide Anträge von verschiedenen Fraktionen gelobt würden, obwohl ihnen ganz unterschiedliche Vorstellungen für den Verkehrsbereich zugrundelägen. Große Probleme habe sie mit dem Antrag der Fraktion der FDP, welcher der Forderung nach einem Ausstieg aus den fossilen Energien zuwiderlaufe und der eine Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn fordere, obwohl es europaweit den Trend gebe, eine solche Trennung, dort, wo sie erfolgt sei, wieder rückgängig zu machen. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finde man im Grundsatz richtig, obwohl man zu einigen Punkten eine abweichende Haltung vertrete.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hätten sich schwer getan, um Gründe zu finden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu unterstützen. In Bezug auf die sozialen Standards für den Güterverkehr habe es auf europäischer Ebene nur einen Kompromiss gegeben. Sie warf die Frage auf, ob man die zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen nutzen wolle, um sich hier im Rahmen der Ratspräsidentschaft für Verbesserungen einzusetzen. Sie sprach sich für ambitionierte Flottengrenzwerte im Automobilssektor aus. Mit den Forderungen dazu in dem Antrag der FDP verlagere man die Verantwortung auf die Verbraucher. Sie plädierte für europaeinheitliche Standards für Ladesäulen für E-Autos.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20043. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19558.

Berlin, den 1. Juli 2020

Uwe Schmidt
Berichterstatter

